

Tonne Kohle, die an der Saar gefördert wird, müssen sie 21,48 Mark an Subventionen beisteuern. Diese Zahlungen sind solange vorgesehen, als Saarkohle zu alten Marktpreisen in die französische Zone geliefert wird. Frankreich selbst bekommt offenbar die Saarkohle extra billig, unter Weltmarktpreis.

Im Haushaltsjahr 1947-48 verlangte die Militärregierung vom Land Württemberg-Hohenzollern 6 Millionen Mark zur Unterstützung von Angehörigen deutscher Kriegsgefangener. Es ist noch kein Fall bekannt geworden, daß eine Familie Unterstützung bekommen hätte.

Dazu müssen französische Ferienkinder verpflegt und bekleidet werden, die Post und die Eisenbahn haben Besatzungsausgaben; die Franzosen beschlagnahmen Möbel in Privathaushaltungen; und die französische Exportleitstelle Oficomex wirtschaftet nicht soviel Devisen aus den deutschen Exporten heraus, wie es Deutsche zu können glauben.

Zweihundzwanzig offizielle Proteste gegen die französischen Zwangsbeitreibungen hat die Landesregierung von Württemberg-Hohenzollern bisher an ihre Landesmilitärregierung abgeschickt. Achtmal haben die Franzosen abnehmend oder ausweichend geantwortet. Vierzehnmal haben sie überhaupt nichts von sich hören lassen.

Eberhard Wildermuth und seine Ministerkollegen meinen, daß sie ihre Süd-Württemberger und Hohenzollern nicht mehr regieren können, wenn tatsächlich noch einmal in diesem Umfang demonstriert wird. Ueber 1 Milliarde hat das Land bis jetzt schon aufgebracht, schätzungsweise 5,2 bis 5,5 Milliarden die drei französisch besetzten zusammen.

Halb haben sich die Minister von ihren Sesseln erhoben. Wenn demonstriert wird, wollen sie ganz mit Regieren aufhören.

## Zubringerdienste

### Unser Otto

In der politisch arg belasteten Wilhelmstraße in der Berliner City (Sowjet-Sektor) standen am Dienstag besonders viele schokoladenbraune oder schwarzglänzende „Eisenacher“ (so werden die Autos der Thüringer BMW-Serienproduktion genannt). Mit Länderstandarten oder Parteymbolen verziert, bestritten sie zusammen mit den von nazistischen Vorfahren geerbten Horch, Maybach und Wanderer eine vielrädige Auffahrt vor dem Nebeneingang Wilhelmstraße, Haus der Wirtschaftskommission. Der „Deutsche Volksrat“ versammelte sich zu seiner vierten Sitzung.

Nur einen Punkt verzeichnete die Tagesordnung: Richtlinien für die Verfassung der deutschen demokratischen Republik, vorgelegt vom Verfassungsausschuß des Pseudo-Parlaments der Ostzone. Er hatte den für Gesamtdeutschland bestimmten Entwurf mehrere Monate hindurch ausgearbeitet.

Volksrat Otto Grotewohl hatte das heiße Bemühen geleitet.

Vor dem gesamten Forum der Volksräte, den Spitzenpolitikern der fünf Sokolowskij-Länder, hielt sich Grotewohl bescheiden zurück. Den Vorsitz führte CDU's Karlsruher-Liebhaber Otto Nuschke, ein rotes Löwenmäulchen im Knopfloch. Wilhelm Pieck war amtlich verreist, der liberale Professor Hermann Kastner, gewichtiger Wiko-Mann, hatte bei der vorigen Sitzung die Klingel geschwungen. Also mußte notgedrungen der christlich sächsische Präsident Nuschke präsidieren.

Drei Verfassungsexperten zogen als Beraterstatter auf das Rednerpult. Der



Kaiser-Nachfolge  
Behiama: Hugo Hickmann

erste hatte einen Rock an und verschwand hinter den Mikrofonen: Dr. Hildegard Heinze von der Arbeitsgemeinschaft (lies: Fraktion) der VVN referierte über Arbeit und Ziele des Ausschusses.

Der zweite dozierte über eine Stunde lang und ertotete taube Ohren und gährende Mäuler: Dr. Karl Poiak, Leiter der Rechtsabteilung im Zentralsekretariat der SED, zog historische Konsequenzen: „Wir dürfen die Fehler der Weimarer Verfassung nicht wiederholen. Unser Volk muß den Weg in die Staatsgewalt gehen, wenn es nicht wieder einer Diktatur verfallen soll.“ Die polakische Begriffsdeutung einer Diktatur blieb ungeklärt.

Der dritte Experte spulte einen christlichen Faden durch die Richtlinien: Dr. jur. et rer. pol. Helmut Brandt, Chef des „CDU-Arbeitskreises Groß-Berlin“, der kleinen Kaiser-abtrünnigen Gruppe Berliner Christ-Demokraten: Die Richtlinien müßten in ganz Deutschland diskutiert werden, denn es handele sich um Thesen für eine Verfassung Gesamt-Deutschlands.

„Gesamt-Deutschland“ ist für den Volksrat eine obligatorische Redewendung. Er bezeichnet sich als die einzige politische Repräsentation des gesamten deutschen Volkes. Doch stellt der Westen nur ein Viertel der Volksräte, fast durchweg KPD-Funktionäre.

„Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik, die sich aus den deutschen Ländern zusammensetzt“, beginnen die Richtlinien. Die Einheit der Nation werde dadurch gesichert, daß alle Lebensfragen des deutschen Volkes von der Republik entschieden werden. Der Rest bleibe den Ländern.

Die Volkssouveränität bestehe darin, daß alle deutschen Bürger Träger der Staatsgewalt seien. Dafür haben sich die Ausschüßler um Grotewohl die „Volkskammer“ ausgedacht. Sie soll nun an die Stelle des früheren Reichstages treten und aus den unmittelbar gewählten Abgeordneten des deutschen Volkes bestehen. Im Verhältniswahl-System übrigens.

Hier hat die SED ihren alten Dreh durchgesetzt: Kandidaten können durch die politischen Parteien und alle Massenorganisationen aufgestellt werden. So wird eine Zersplitterung der Kandidaten erreicht, die sonst, von SED-Abneigung bestimmt, die Stimmen von CDU und LDP verstärken würden.

Der Volkskammer soll eine Länderkammer mit Einspruchsrecht gegenüberstehen. Pro 500 000 Einwohner soll ein Abgeordneter da sein.

Die stärkste Fraktion genießt allenthalben Vorrang in der verfassungs-verewigten Blockpolitik. Bisher war das immer die SED.

Sie benennt den Ministerpräsidenten und bildet unter Hinzuziehung aller Fraktionen die Regierung, so daß es kaum eine Opposition geben kann. Falls Opposition doch vorhanden, kann ein Mißtrauensvotum erst nach Ueberwinden vieler Hindernisklauseln wirksam werden. An der Spitze der Republik steht der Präsident, auf vier Jahre gewählt. Er hat viele repräsentative Aufgaben.

Die „unabdingbaren Freiheitsrechte der Bürger“ werden gefährlich eingeklauselt. Die künftige Volksdemokratie hat die Möglichkeit, unliebsame Kritiker zu beseitigen: „Handlungen wie Kriegshetze, Boykott-hetze gegen demokratische Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundungen von Völker-, Glaubens- und Rassenhaß sind unter Strafe gestellt.“

„Wir wollen das strenge Diskussions-schemata aufgeben und eine freie Debatte machen“, sagte Nuschke mit dem roten Löwenmäulchen, als Brandt mit einem erleichterten Lächeln auf dem neuerdings angefütterten Gesicht geendet hatte. Sonst kommt im Volksrat nach volksdemokratischem Ritus bei den Arbeitsgemeinschaften nur ein Redner mit vorher fertiggetippter Stellungnahme zu Worte.

Die zähflüssige Diskussion brachte lauter „Ja's“. Nur eine einsame Stimme wagte Bedenken. Sie gehörte dem sächsischen Theologieprofessor Hugo Hickmann. Aus der Kaltstellung, die ihm die SMA zugewiesen hatte, flüchtete das kleine 70-jährige Männlein wieder in das Licht der Öffentlichkeit.



Kaiser-Abfall  
Löwenmäulchen: Otto Nuschke

Er stammt aus der Gilde der Christlichen Demokraten des Ostens mit Rückgrat-Restbeständen, die ihren Jakob Kaiser noch nicht ganz vergessen haben. Mit getragener Stimme sprach er gegen die Kandidatenaufstellung durch Massenorganisationen für die Volkskammer: „Die Organe politischer Willensbildung sind die politischen Parteien. Die sogenannten überparteilichen Organisationen leisten in Wirk-

**N**achkeit doch meist einseitige Zubringer für eine bestimmte Partei.“

Die angesprochenen Volksräte, aus den Massenorganisationen unterbrochen ganz erschüttert ihr Zeitunglesen. Es war das erstmal, daß im Volksrat einer von der Generallinie abwich.

Doch Hickmann war noch nicht fertig. Mit deutlicher Blickwendung zum Verfassungsspezialisten Grotewohl: „Beschluß einer endgültigen Verfassung kann nur Aufgabe einer deutschen Nationalversammlung sein.“

Otto Grotewohl parierte durch die funkelnde Brille mit freundlichem Augenaufschlag und ironischem Unterton in der Stimme: „Die Vorbehalte sind irrig, denn die Richtlinien fordern keine Bindungen bis zum letzten Buchstaben.“ Der Verfassungsausschuß werde die Richtlinien zu einem gesamtdeutschen Entwurf ausarbeiten. Er werde dann auf dem dritten Volkskongreß im Herbst zum Beschluß reifen. Dann: „Die Richtlinien sind kein Kramladen, der allen etwas bringt, sondern sie zeigen die für ganz Deutschland tragbare Linie.“

Worauf ihm Nuschke mit dem roten Löwenmädchen bescheinigte: „Unser Otto Grotewohl hat sich zum Sprecher des ganzen deutschen Volkes gemacht.“

## Aus der Flüchtlings-Branche

### Vom Nutzen der Soldatenzeit

**U**nter den Flüchtlingspitzen der Briten-Zone herrscht rege Geschäftigkeit. Der sogenannte Hauptausschuß für Ostvertriebene will sich neu formieren, und der NWDR glaubte sich schon berechtigt, von dem Geistlichen Rat Göbel, der im Hauptausschuß sitzt, vermelden zu dürfen, er wolle eine richtige Flüchtlingspartei gründen.

Politiker, Minister und Ministerpräsidenten, die in ihrem jetzigen Parteibekennnis nicht gar so fest verankert sind, sympathisieren mehr oder weniger vorsichtig mit der „Dritten Kraft“ der Flüchtlinge, Ausgebombten und auch sonst Heimatlosen. Natürlich sind Leute der linken CDU dabei, aber auch über die ganze Flügelbreite der SPD rechnen namhafte Leute mit der Tatsache, daß eine große Partei auf ihre Zweidrittel besitzender Bürger mehr Rücksicht nehmen muß als auf das eine Drittel der Heimatlosen.

Bislang hat die Militärregierung einen politischen Zusammenschluß der Flüchtlinge nicht gestattet. In Niedersachsen war sogar der Hauptausschuß für Ostvertriebene nicht zugelassen. Dafür hat Niedersachsen einen Flüchtlingsminister, Heinrich Albertz. Er war immer gegen den Hauptausschuß, hat aber in Niedersachsen eine Arbeitsgemeinschaft der Flüchtlingsverbände mitbegründet.

In ihr sitzt Ex-CDU-Maria Sevenich, deren Mann, Dr. Werner Meyer\*, ein direkter Vetter von Albertz, der Ende der Woche zu Vorbesprechungen mit prominenten Flüchtlingen nach Bad Godesberg fährt.

Die jetzt parteilose Maria ist an einer Flüchtlingspartei lebhaft interessiert. „Ich hoffe, sie bleibt vernünftig und macht ihre Politik nicht auf dem Rücken der Flüchtlinge“, sagt Heinrich Albertz dazu.

Seit sieben Wochen hat Frau Albertz Herrn Albertz kaum gesehen. Zwar ist Celle mit einem Auto von Hannover in dreißig Minuten zu erreichen, aber Heinrich Albertz hat selten soviel Zeit. „Seit man

\*) Die beiden Gatten arbeiten nicht nur politisch zusammen, sondern auch schöngestig. Sie lesen öfter aus eigenen Werken. Bei dieser Produktion diktiert Maria Dr. Werner, dem es zukommt, die sprachliche Diktion noch auszufüllen.

mich vor eineinhalb Monaten auf den niedersächsischen Ministersessel setzte, habe ich kaum etwas anderes tun können, als wie ein wildgewordener Feuerwehrhauptmann von einem Ort zum anderen zu fahren.“ Mit seinen dreiunddreißig Jahren ist Niedersachsens Flüchtlingsminister der einzige in dieser Branche und der jüngste deutsche Minister überhaupt.

Der wirkliche Geheime Oberkonsistorialrat Albertz hatte seinen Sohn Heinrich, den ihm seine Gattin erst in seinem 68. Lenz schenkte, den Schritt von der Penne zur Alma mater zur gleichen Zeit tun lassen, zu der Hitler den vom Kaiserhof zur Reichskanzlei tat.

Die ersten Eindrücke vom Dritten Reich bekam der Theologiestudent zwei Tage nach dem 30. Januar. Oberpräsident Lüdemann, heute Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, wurde mit einem Pappschild



Weiße Gott star  
Pastor Albertz, von Dorf zu Dorf

„Ich bin Volksverräter Lüdemann“ durch Schlesiens Hauptstadt geführt.

Heinrich Albertz bekannte sich bald zu denen, die mit dem von Hitler eingesetzten evangelischen „Reibi“ (Reichsbischof) Ludwig Müller nicht einverstanden waren.

1939 heiratete der Vikar Albertz mit Hundert-Mark-Gehalt. Bis man ihn im Oktober 1941 einzog, war aus dem unbescholtenen Konsistorialratssohn ein mit zwei Monaten Gefängnis vorbestrafter „Heimtücker“ geworden, der sich des Vergehens gegen den Kanzelparagrafen schuldig gemacht hatte.

Später holte ihn General von Grolman zur Heeresgruppe Süd, wo der Gefreite Ordonnanz-Offiziersdienste beim Oberkommandierenden tat.

Mit dem neuen Zivilanzug, den der vorsorgliche Chef für seinen Gefreiten beim Troß mitgeführt hatte, kam Heinrich Albertz unangefochten bis nach Altneuhaus in Bayern, wo ein amerikanischer Oberst den schlesischen Gefreiten für vier Wochen zum Bürgermeister machte. Länger hielt es den reisigen Theologen nicht. Mit einem ausgedienten Fahrrad fuhr er nach Celle, wo sich schon seine Familie aus dem Osten angefundet hatte.

Beim hannoverschen Landeskirchenamt hatte man zuerst keine Arbeit für den schlesischen Amtsbruder. Eine Kusine mit Beziehungen wollte den halbverhungerten

Vetter schon als Paketträger bei einer englischen Dienststelle unterbringen — da kam im September 1945 der kirchliche Auftrag, eine Flüchtlingsfürsorgestelle in Celle aufzubauen. Der Bürgermeister von Celle schickte einen gleichen Auftrag der Stadt hinterher, und schon Weihnachten 1945 wurde in Celle die „Insel“, ein Heim für heimatlose Rückkehrer aus der Kriegsgefangenschaft, aufgemacht.

Pastor Albertz wurde Leiter des Flüchtlingsamtes für den Regierungsbezirk Lüneburg. Dann kam im Sommer 1946 die „Aktion Schwalbe“: Viele tausend vertriebene Schlesier wurden durch das Lager Uelzen nach Niedersachsen eingeschleust. Ohne eine gesetzliche Berechtigung — denn das Kontrollratsgesetz Nr. 16 war längst aufgehoben — sperrten die Stadt- und Gemeindegeldirektoren den Zugang zu ihren Gemeinden, indem sie einfach keine Lebensmittelkarten herausrückten.

Heinrich Albertz merkte bald, daß er ohne Partei-Rückhalt nicht weiterkam. Die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten war ohnehin schon am engsten gewesen. So wurde es dem linksorientierten Flüchtlingspastor nicht schwer, auch äußerlich Farbe zu bekennen. Die Flüchtlinge des Landkreises Celle pakteten ihren SPD-Pastor im direkten Wahlgang in den Niedersächsischen Landtag.

„Nun sitze ich hier im Ministerium und weiß, was ich vorher auch schon wußte, daß nämlich nur ein Zehntel aller Probleme durch die Behörden gelöst werden kann. Alles andere muß mit Privatinitiative gemacht werden.“

Referenten und Angestellte sehen ihren Chef nur selten. Häufiger hat ihn der Chauffeur, der ihn täglich zu ein paar niedersächsischen Dörfern und Städten fahren muß, in denen immer noch Flüchtlinge in schmutzigen Lagern hausen müssen.

Dort, wo Stadtdirektoren und Bürgermeister Ausflüchte suchen, droht der schwächliche bleiche Mann, der selbst so aussieht, als sei er gerade aus russischer Kriegsgefangenschaft entlassen, mit seinen Staatskommissaren. Mit jugendlichem Eifer und einer Demagogie, die nur noch selten an den lutherischen Predigerton erinnert, schießt er gelegentlich über das Ziel hinaus, was ihn bei seinen eigenen Parteifreunden, vor allem aber bei der CDU, Kredit gekostet hat.

Albertz will die Flüchtlinge gleichberechtigt in die soziale und wirtschaftliche Ordnung der Westzonen, zumindest Niedersachsens, eingebaut wissen. Es sitzen noch Straßenbahnschaffner im Oberharz, landwirtschaftliche Arbeiter in Hannover und Holzfäller und Steinbrucharbeiter auf den friesischen Inseln.

Wöchentlich kommen immer noch 800 Flüchtlinge schwarz über die grüne Grenze. Albertz muß sehen, wie er sie unterbringt. Die Städte Niedersachsens, vor allem an der östlichen Zonengrenze, sind weit überbelegt, manche Häuser, auch auf dem Lande, haben zehnfache Belegung.

Am meisten Kummer machen ihm die 5000 Flüchtlinge, die auf Befehl General Robertsons von Schleswig-Holstein nach Niedersachsen umgesiedelt werden sollen. General Clay will sie in seiner Zone nicht haben. Von Pierre König ganz zu schweigen. Bislang war die britische Zone die aufnahmefreudigste — nicht zur Freude der Deutschen.

Die Gemeinderäte vieler Dörfer und Städte haben schon erklärt, daß sie ihre Ämter zur Verfügung stellen, wenn die 5000 tatsächlich untergebracht werden müssen. Es ginge nun wirklich nicht mehr. Sie erwarten von Albertz, daß er bei den Engländern genau so stur ist, wie bei seinen politischen Gegnern. Und Heinrich Albertz kann weiß Gott stur sein.